

Nepal und Indien: Neue Wege der Kooperation?

von Karl-Heinz Krämer

Der Staatsbesuch des nepalischen Premierministers Sher Bahadur Deuba in Indien und die dabei getroffenen Vereinbarungen haben ein überwiegend positives Echo in der nepalischen und indischen Presse ausgelöst. Viele sprechen von einem Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen. Ausgerechnet die Nutzung des enormen Wasserkraftpotentials des kleinen Himalayastaates Nepal, das seit dem Abkommen zum Koshi-Projekt im Jahre 1954 Anlaß zahlreicher politischer Kontroversen mit dem großen Nachbarn im Süden war, stellt nun die Grundlage des neuen Vertragswerkes dar.

Die indisch-nepalische Zusammenarbeit hinsichtlich der Nutzung der Wasserressourcen begann bereits im Jahre 1920. Lange Zeit konnte Nepal jedoch keinen Nutzen aus derartigen Projekten ziehen. Das erste Unternehmen, das beiden Staaten zum Nutzen geriet, war das Koshi-Abkommen von 1954. Damals wurde ein Staudamm am Sapta Koshi errichtet, der die Wassermassen aller großen ostnepalischen Flüsse in Richtung Ganges trägt. Ein weiteres Großunternehmen war das Gandaki-Projekt, das 1959 geschlossen wurde. Gandaki ist das große zentralnepalische Flußsystem. Sowohl Koshi- als auch Gandaki-Projekt wurden ausschließlich von Indien geplant, finanziert und umgesetzt, obgleich sie vollständig auf nepalischem Territorium angesiedelt waren. Danach hat es mehr als dreißig Jahre lang keine nennenswerten gemeinsamen Anstrengungen zur Nutzung des Wasserkraftpotentials mehr gegeben.

Wesentlicher Bestandteil des aktuellen Abkommens ist die Wassernutzung des westlichen nepalischen Grenzflusses Mahakali, in Indien Sharda genannt. Die Kontroversen um diesen Fluß begannen Mitte der achtziger Jahre mit dem Bau eines Damms bei Tanakpur, einer kleinen indischen Grenzstadt im Bundesstaat Uttar Pradesh. Da es sich um einen Grenzfluß handelte, ersuchte die nepalische Regierung im Rahmen der routinemäßigen Treffen um Klarstellung der indischen Pläne. Trotz großer Bedenken der nepalischen Seite - weite Gebiete des nepalischen Uferbereiches werden durch das Vorhaben unter Wasser gesetzt -, baute die indische Regierung den Damm unbeirrt weiter.

Streit um Tanakpur

Um eine weitere Überflutung nepalischen Territoriums zu vermeiden, wurde von Indien schließlich auf nepalischem Territorium eine 577 m lange Schutzmauer errichtet. Diese Maßnahme basierte auf entsprechenden Vereinbarungen, die die indische Regierung mit Premierminister Girija Prasad Koirala während seines Indienbesuchs 1991 ge-

troffen hatte. In einer gemeinsamen Presseerklärung hieß es damals: "Als eine Geste guten Willens wird Indien Nepal jährlich zehn Millionen Stromeinheiten unentgeltlich zur Verfügung stellen." Darüber hinaus sollte Nepal eine nicht näher bestimmte Menge Wasser für Bewässerungszwecke überlassen werden. In der Praxis sah es aber wohl so aus, daß Koirala ein vorgefertigtes indisches Schreiben zu unterzeichnen hatte.

Die Vereinbarungen Koiralas mit der indischen Regierung führten in Nepal zu einer anhaltenden politischen Krise. Entsprechend der Verfassung ist die nepalische Regierung bei allen Verträgen mit Regierungen anderer Länder, die nepalisches Territorium betreffen, zu einer Bestätigung mit Zweidrittelmehrheit durch das Parlament verpflichtet. Koirala vertrat jedoch starrköpfig den Standpunkt, es habe sich nicht um einen Vertrag, sondern lediglich um eine Absprache mit der indischen Regierung gehandelt. Eine solche Absprache sei ausschließlich eine Angelegenheit der Regierung und brauche deshalb gegenüber dem Parlament nicht offengelegt zu werden. Die Auseinandersetzungen, die von der Opposition auf die Straße getragen wurden und damals monatelang Parlamentsarbeit und Wirtschaft lähmten, hinterließen jedoch innerhalb des regierenden 'Nepali Congress' Risse. Es bedurfte schließlich einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, ehe Premierminister Koirala einlenkte. Zur politischen Unterstützung Koiralas erhöhte der indische Premierminister P. V. Narasimha Rao während seines Nepalbesuchs im Jahre 1992 die indischen Leistungen. So wurde die kostenlose Stromabgabe verdoppelt und gleichzeitig betont, daß Nepal weiterhin die Souveränität über das Territorium besäße, auf dem Indien die östliche Schutzmauer errichtet habe.

Man Mohan Adhikari als Wegbereiter

Zu einer Entspannung kam erst während der kurzen Phase der 'Nepal Communist Party (UML)'-Regierung. Diese hob hervor, daß das von Koirala mit Indien getroffene Abkommen nicht den

nationalen Interessen Nepals diene, und forderte größere Konzessionen von indischer Seite. Das Thema Tanakpur gehörte zu den wichtigsten Streitpunkten, die bei den Besuchen von Madhav Kumar Nepal, dem damaligen stellvertretenden Premierminister, und Regierungschef Man Mohan Adhikari mit der indischen Regierung angesprochen wurden. Angesichts der Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit kam man zu zwei Entscheidungen: Zum einen sollte das Tanakpur-Projekt im Kontext des gesamten Mahakali-Beckens behandelt werden, ein Vorschlag, den Indien einbrachte; zum anderen sollte sich die nepalische Seite angesichts der verfassungsmäßig vorgegebenen Richtlinien um einen allgemeinen politischen Konsens bemühen.

Adhikari und seine Regierung nahmen die indischen Vorschläge mit Wohlwollen zur Kenntnis, stießen aber zu Hause bei der damals oppositionellen 'National Democratic Party' (NDP), der Nachfolgeorganisation des einstigen Panchayat-Systems, auf harten Widerspruch. Die NDP warf der UML-Regierung einen Verrat an den nationalen Interessen Nepals vor, weil sie nicht das Tanakpur-Problem gelöst, sondern es statt dessen noch in einen größeren Kontext gestellt hatte.

Doch wie so viele innenpolitische Maßnahmen der Adhikari-Regierung, die im vergangenen Jahr von der damaligen Opposition förmlich zerrissen wurden, heute aber wie selbstverständlich von der Koalitionsregierung, bestehend aus 'Nepali Congress', NDP und 'Nepal Sadbhavana Party' (NSP), fortgesetzt werden, so scheint dies nun zunehmend auch für außenpolitische Bereiche zu gelten. Dem Minister für Wasserressourcen, Pashupati Shamsher Rana, ist es jetzt offensichtlich gelungen, seine NDP zu einem Konsens mit dem Koalitionspartner 'Nepali Congress' zu bewegen. Letzterer hatte bereits im vergangenen Jahr die Adhikari-Vereinbarungen positiv aufgenommen.

Damit war die Grundlage für einen Konsens bezüglich des Mahakali-Beckens geschaffen. Die drei Regierungsparteien alleine hätten das Vorhaben

nicht im nepalischen Parlament durchbringen können, da man nur über eine knappe absolute Mehrheit verfügt. Erstmals in der jüngsten demokratischen Geschichte Nepals aber stand einem Konsens mit der Opposition nichts mehr im Wege, da die oppositionelle NCP (UML), mit 88 Abgeordneten stärkste Partei im 205köpfigen nepalischen Unterhaus, die Grundlage für eben dieses Abkommen geschaffen hatte. Zu Recht sieht diese Partei nun in den Vereinbarungen Premierminister Deubas eine Fortsetzung ihrer eigenen Regierungspolitik. Opposition kam lediglich aus den Reihen linksextremer nepalischer Parteien, die seit den Wahlen von 1994 jedoch nur einen äußerst geringen Teil der nepalischen Bevölkerung repräsentieren.

Was ist der Inhalt der jüngsten Vereinbarungen, die Ende Januar bei einem Besuch des indischen Außenministers Pranab Mukherjee in Gesprächen mit seinem nepalischen Amtskollegen Prakash Chandra Lohani (NDP) und Vertretern aller im Parlament vertretenen Parteien vorbereitet wurden? Der Vertrag sieht einerseits die Errichtung eines 2.000 Megawatt-Kraftwerks in Nepal sowie die weitere Entwicklung der Tanakpur-Dämme vor. Neben der Stromerzeugung sollen diese Maßnahmen auch der Bewässerung weiter Gebiete Nepals und Indiens sowie der Flutkontrolle dienen. Andererseits beinhaltet der Vertrag aber auch die Errichtung von 22 Brücken im Kohalpur-Mahakali-Gebiet. Die Vereinbarungen dienen folglich dem Nutzen besonders stark vernachlässigter Regionen in Nepal und Indien. Das Tanakpur-Problem dürfte damit endlich aus der Welt geschafft sein.

Überarbeitung des Friedens- und Freundschaftsvertrages

Ein weiterer Bereich, der von der im vergangenen Jahr gestürzten Adhikari-Regierung in den Gesprächen mit Indien offen ins Gespräch gebracht wurde, war die Überarbeitung des Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen Nepal und Indien. Dieser Vertrag wurde bereits am 31. Juli 1950 geschlossen, also gut drei Monate vor dem Ausbruch der Revolution, die die mehr als 100 Jahre währende autokratische Familienherr-

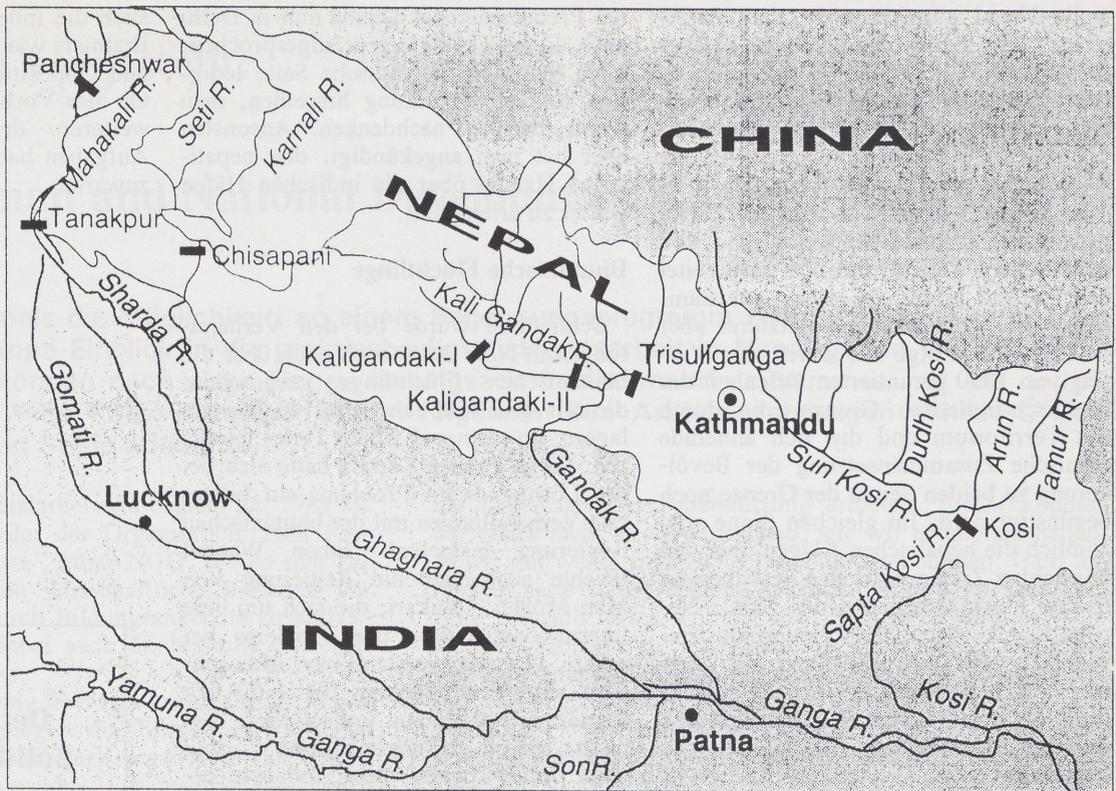
schaft der Rana zu Fall brachte. Mit dem Abzug der Briten aus Indien hatten die Rana jene befreundete Macht als Nachbar verloren, die die Isolation Nepals von der Außenwelt und damit die Rückständigkeit seiner Bewohner garantierte. Angesichts des militärischen Aufmarsches Chinas nördlich des Himalaya war die damalige indische Regierung unter Nehru an einer Demokratisierung ihres nördlichen Nachbarlandes interessiert und setzte den nepalischen Premierminister Mohan Shamsheer unter Druck. Der Friedens- und Freundschaftsvertrag muß aus nepalischer Sicht als ein letzter Versuch der Rana gewertet werden, zu retten, was eigentlich längst verloren war. Aus indischer Sicht war es ein erster Schritt zu größerer Einflußnahme in Nepal, an den sich der Delhi-Kompromiß, der im Januar 1951 die nepalische Revolution vorzeitig beendete und eher eine Restauration des absoluten Königtums als eine wirkliche Demokratisierung des Landes brachte, und die Phase der "special relationship" der frühen fünfziger Jahre anschlossen, als Nepals Politiker für jede noch so kleine Entscheidung nach Delhi reisten.

Man Mohan Adhikari konnte im vergangenen Jahr erstmals erreichen, daß Gespräche über eine Revision des Vertrages von 1950 aufgenommen wurden. Dies war nur möglich, weil er in aller Öffentlichkeit dieses Thema ansprach, ein Schritt, vor dem sich seine Vorgänger vom 'Nepali Congress', Krishna Prasad Bhattarai und Girija Prasad Koi-

rala noch gescheut hatten. Nachdem Indien seine Gesprächsbereitschaft einmal angezeigt hatte, konnte auch Premierminister Sher Bahadur Deuba nun bei seinem Indienbesuch das Thema erneut aufgreifen, ohne das besondere Verhältnis seines 'Nepali Congress' zu Indien zu gefährden.

Zwei Dinge sind es, die Nepal an dem Vertrag von 1950 besonders stören: die Bindung des Waffenimports an indische Kontrolle und Kooperation (Artikel V) und Gleichbehandlung der Bürger beider Staaten hinsichtlich Wohnsitz, Eigentum, Handelsrechte und Freizügigkeit im jeweils anderen Land (Artikel VII). Als sich Nepal in den späten achtziger Jahren erlaubte, Waffen aus China zu beziehen — ein Weg, der 1950 aufgrund von Topographie und Infrastruktur noch völlig undenkbar war und daher im Vertrag von 1950 nicht ausgeschlossen wurde —, führte dies zu einer indischen Verstimmung, die mit zur Wirtschaftsblockade von 1989 beitrug.

Dabei geht es bei dieser Streitfrage mehr um das Prinzip. Waffen für eine Verteidigung nach außen benötigt Nepal nicht; bei einem Angriff durch Indien oder China, seit der chinesischen Besetzung Tibets seine einzigen Nachbarländer, wäre es chancenlos. Waffenimporte können folglich nur der inneren Sicherheit dienen. So betont auch Premierminister Deuba, daß es das Recht eines souveränen Staates sein müsse, über derartige Importe selbst zu entscheiden; eine Gefahr für die indische Sicherheit



Flußsysteme in Nepal und Indien (aus: 'Frontline')

stelle Nepal ohnehin nicht dar. Angesichts des Ende des Kalten Krieges müsse auch Indien seine Haltung ändern.

Indiens Ansichten sind offensichtlich differenzierter. Zwar spricht man nicht von einer von Nepal selbst ausgehenden Bedrohung, wohl aber äußern sich indische Politiker besorgt über gegen Indien gerichtete militante Aktionen, die von nepalischem Territorium aus vorbereitet würden und hinter denen der pakistanische Geheimdienst stehe. Letzteres aber ist eher eine Folge der durch den Vertrag von 1950 garantierten Offenheit der nepalisch-indischen Grenze, die durch das Territorium und die sich ähnelnde ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung zu beiden Seiten der Grenze noch begünstigt wird. Im gleichen Sinne sind nämlich die nepalischen Klagen über den konstanten Zuzug indischer Bevölkerung in den Flachlandstreifen des Tarai, Nepals Kornkammer und Hauptindustriezone, zu verstehen. Die durch den Vertrag von 1950 ermöglichte Unterwanderung der nepalischen Wirtschaft durch indische Unternehmer ist allenthalben spürbar.

Ob eine diesbezügliche Änderung des Friedens- und Freundschaftsvertrages die Grenze kontrollierbarer machen würde, darf bezweifelt werden. Dennoch würde eine Überarbeitung der genannten Artikel des Vertrages zumindest eine rechtliche Grundlage für eine derartige Kontrolle darstellen. Insbesondere aber würden die nepalischen Rechte einer souveränen Nation besser gewahrt. Indien hat sich zu einer Überarbeitung bereitklärt, ist aber gegen radikale Veränderungen. Die nepalischen Parteien, abgesehen von den Linksextremisten, sprechen heute nicht mehr von einer völligen Abschaffung des Vertrages, wie es selbst die NCP (UML) noch vor den Wahlen von 1994 getan hatte. Insofern ist auch hier eine deutliche Annäherung zwischen Indien und Nepal spürbar. Unzufrieden äußert man sich in Nepal lediglich über des Tempo der bilateralen Gespräche.

Außenhandel über Bangladesh

Ein weiterer Streitpunkt zwischen Indien und Nepal sind stets die Handels- und Transitverträge gewesen. Indien hat Nepal als Binnenland aufgrund internationaler Verträge in diesem Bereich besondere Vorrechte einzuräumen. Es hat die bilateralen Verträge jedoch immer wieder zu einer Kontrolle des nepalischen Handels genutzt. Seit Jahren bemüht sich Nepal daher darum, seinen Handel mit Drittländern zum Teil auch über Bangladesh abzuwickeln. Da aber Nepal und Bangladesh durch einen etwa 40 km breiten indischen Korridor voneinander getrennt sind, hat Indien stets ein derartiges Ansinnen abgelehnt. Zwar

hat Premierminister Deuba nun in Delhi auch dieses Thema erneut angesprochen, doch ließ sich die indische Seite lediglich zu der Bemerkung hinreißen, man werde darüber nachdenken. Ansonsten aber hat man angekündigt, den nepalischen Handel über die indischen Häfen weiter zu erleichtern.

Bhutanische Flüchtlinge

Schließlich wurde bei den Verhandlungen in New Delhi auch noch über die bhutanischen Flüchtlinge gesprochen, die seit über fünf Jahren in Flüchtlingslagern im ostnepalischen Tarai festsitzen. Girija Prasad Koirala hatte sich bei der Lösung dieses Problems auf bilaterale Verhandlungen mit der bhutanischen Regierung festgelegt. Einen Wandel brachte auch hier die Regierung von Man Mohan Adhikari, die sich um eine Internationalisierung des Problems bemühte. Darunter verstand man insbesondere eine Einflußnahme der indischen Regierung auf Bhutan. Indien lehnte dies bisher jedoch ab, obgleich eine Lösung ohne Indien nicht mehr möglich erscheint. Indirekt hat Indien jedoch inzwischen Stellung bezogen, und zwar für Bhutan: Als die Menschen aus Bhutan flohen, wurden sie unbehelligt nach Nepal weitergeschleust, als ein Teil dieser Menschen im Zusammenhang mit einem kürzlich stattgefundenen Friedensmarsches nun wieder in ihre bhutanische Heimat zurückkehren wollten, wurden sie von der indischen Polizei verhaftet. Angesichts der Freundschaftsverträge Indiens mit Nepal und Bhutan, die Freizügigkeit für die Bürger beider Staaten garantieren, muß die indische Haltung als eine Schutzmaßnahme für die Regierung in Thimphu gewertet werden. In dieser Frage jedoch deckt Sher Bahadur Deuba der indischen Regierung den Rücken, indem er zur Politik Koiralas zurückkehrt und die Lösung wieder in bilateralen nepalisch-bhutanischen Gesprächen sucht.

Trotz der zuletzt genannten Einschränkungen muß das nepalisch-indische Verhältnis derzeit als sehr entspannt bezeichnet werden. Seit 1950 war eine positive Haltung Indiens meist an ein Zurückstecken souveräner Rechte und nationaler Interessen Nepals gekoppelt. Indien schickt sich heute ganz offensichtlich an, Nepal als gleichwertigen Verhandlungspartner zu betrachten, auch wenn noch viele Dinge einer Verbesserung bedürfen. Die Grundlage für diesen Wandel legte die Adhikari-Regierung mit ihrem selbstsicheren, aber dennoch wohlwollenden Auftreten gegenüber Indien. Von der Fortsetzung der Adhikari-Politik gegenüber Indien durch die Deuba-Regierung profitiert nicht nur das indisch-nepalische Verhältnis, sondern

auch die innenpolitische Lage in Nepal. Erstmals war es möglich, daß Regierung und Opposition an einem Strang zogen. Ob dies Vorbildcharakter für die Lösung weiterer dringender staatspolitischer Aufgaben haben wird, bleibt jedoch abzuwarten.

ISF

Der Internationale Solidaritätsfonds von



61.000,- DM

stellte der Vergaberat des **Internationalen Solidaritätsfonds** auf seiner Dezember-Sitzung dreißig internationalen, friedens- und umweltpolitischen Initiativen und Organisationen zur Verfügung.

Für besonders unterstützungswürdig hielt der Vergaberat diesmal:

RENITIL, die studentische Widerstandsbewegung Osttimors. Sie erhielt

5000,- DM

für Öffentlichkeitsarbeit anlässlich des 4. Jahrestages des Santa-Cruz-Massakers und des 20. Jahrestages der indonesischen Invasion in Osttimor.

Die „Asociación Pro-Busqueda de los Niños“, Vereinigung für die Suche nach den verschwundenen Kindern in El Salvador, erhielt

4000,- DM

für eine Großveranstaltung mit den „Großmüttern von der Plaza de Mayo“ aus Argentinien.

„Hanitztotz Publishing House“ in Jaffa, Israel, erhielt

4000,- DM

für eine Kampagne gegen geplante Konfiszierungen von arabischem Land in der Misgav-Region in Galiläa.